



**Tobias
Heberlein**
Ortsvereinsvorsitzender
Stv. Fraktionsvorsitzender

SPD Ortsverein Neubiberg
SPD Gemeinderatsfraktion
Walkürenstr. 23b
85579 Neubiberg
0178-1978995
tobias.heberlein@spd-neubiberg.de

T. Heberlein – Walkürenstr. 23b – 85579 Neubiberg

Herrn
Ingo Mittermeier
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion
&
SPD-Stadtratsfraktion im Münchner Rathaus

13. Januar 2016

Südanbindung Perlach, Entwicklung der Grenze München / Unterbiberg

Lieber Genosse Ingo Mittermeier,
liebe Genossinnen und Genossen der Münchner Stadtratsfraktion,

in der Süddeutschen Zeitung vom 7. Januar 2016 wird der Genosse Ingo Mittermeier mit den Worten zitiert „für die Gesamtrasse [der Südanbindung Perlach] gebe es keine politische Mehrheit“, die Realisierung des Westabschnitts sei die bessere Lösung. Eine „baldige Lösung“ sei nötig.

Dieter Reiter und die Münchner SPD sind 2014 unter anderem mit dem Versprechen angetreten, die Zusammenarbeit mit dem Umland zu intensivieren. Dieses wird von der Neubiberger SPD mehr als begrüßt. Leider ist die Realität eine andere. Ehrlicherweise müsste die Position der Münchner Stadtratsfraktion lauten: „Für die Gesamtrasse gibt es keine politische Mehrheit im Münchner Stadtrat. Die Realisierung des Westabschnittes ist die bessere Lösung für München.“ Für die Landeshauptstadt wäre die Lösung in der Tat elegant. Die übermäßige Belastung der Weidenerstraße würde verschwinden, der Verkehr über Unterbiberg umgeleitet und das Gewerbegebiet Perlach aufgewertet, die Münchner Anwohner am Gustav-Heinemann-Ring blieben geschont. Besser geht es nicht!

Anders die Situation in Unterbiberg. Die meisten Anwohner des Vivampusparks würden bekommen, was ihnen seit 1994 (von der Landeshauptstadt) versprochen wurde – im Guten wie im Schlechten: Entlastung im Wohnpark Vivamus, Belastung am Sonnenweg. Neue Leidtragende wären die Anwohner am Berghammerweg, in der Lilienthalstraße und dem östlichen Abschnitt der Zwergerstraße, denen eine zusätzliche Verkehrsbelastung aufgebürdet werden würde, vor allem durch Schwerlastverkehr. Die Position der Münchner Stadtratsfraktion läuft also de facto auf eine Verschiebung der Lasten in Richtung Süden hinaus.

Man kann darüber diskutieren, ob die ursprüngliche Planung der Südanbindung Perlach noch zeitgemäß ist. Der Verdacht liegt aber nahe, dass es der SPD-Stadtratsfraktion vor allem darum geht, die eigenen Wähler zu schonen. Die hohe Verkehrsbelastung in der Weidenerstraße hat schließlich eine unrühmliche Vorgeschichte. Das Gewerbegebiet Perlach hätte von zwei Seiten angebunden werden sollen: Über die Südanbindung Perlach im Süden und die Wilhelm-Hoegner-Straße im Norden. Nach jahrelangem massivem Bürgerprotest wurde das Projekt nicht mehr weiter verfolgt. Leidtragende sind seither die Anwohner der Therese-Giehse-Allee und – in sehr viel stärkerem Ausmaß – die Anwohner der Weidenerstraße. Diesen Ärger will man sich künftig

offenbar ersparen und das Problem elegant auf den südlichen Nachbarn abwälzen.

Wie soll man den Anwohnern des Sonnenwegs eigentlich erklären, dass sie ihren Teil der vereinbarten Last tragen sollen, während der Gustav-Heinemann-Ring geschont wird? Warum sollen die Anwohner in Berghammerweg und Lilienthalstraße, die ebenso auf die SAP vertrauen konnten wie die Münchner Bürgerinnen und Bürger, den Kürzeren ziehen, während am Gustav-Heinemann-Ring Geschenke verteilt werden? Wenn so die Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Umland aussieht, können wir darauf gerne verzichten.

Die Neubiberger SPD hat bereits 2014 ein Ende der Südanbindung Perlach und eine alternative Planung für Unterbiberg gefordert. Der entsprechende Antrag ist derzeit zurückgestellt, weil wir ein Ende der Gesamt-SAP ohne Alternativkonzept als nicht ausreichend ansehen. Eine separate Realisierung des Westabschnitts wird aber auch von uns – wie von CSU, Grünen und USU 100 % Uni – kategorisch abgelehnt. Eine Mehrheit hierfür im Neubiberger Gemeinderat ist aus den oben genannten Gründen nicht einmal ansatzweise vorstellbar. Die eingangs zitierte Aussage des Genossen Mittermeier bestätigt leider die in der Süddeutschen Zeitung geäußerte Auffassung vieler Neubiberger Gemeinderäte, dass die Stadt München ohnehin mache, was sie wolle.

Eine für alle Beteiligten tragbare Lösung kann es nur geben, wenn die Münchner SPD und die Landeshauptstadt München das Versprechen ihres Oberbürgermeisters ernst nehmen und das Umland einbeziehen. Die Spatzen schreien es von den Dächern, dass die Stadt München das ehemals für Löwenbräu vorgesehene Areal für Wohnbebauung nutzen will. Mit Blick auf die seit Jahren steigenden Miet- und Grundstückspreise und den sich aus dem Flüchtlingsstrom zusätzlich ergebenden Bedarf an Wohnraum ist schon heute absehbar, dass der Grünstreifen an der Grenze München / Unterbiberg früher oder später bebaut werden wird. Selbiges gilt für die freien Flächen in Unterbiberg. Eine Zusammenarbeit zwischen München und Neubiberg ist unerlässlich. Diese muss aber auf Augenhöhe erfolgen und eine ausgewogene Teilung von Nutzen und Lasten zum Ziel haben.

Im Kleinen könnte man damit anfangen. Die Gemeinde Neubiberg bekommt von der Stadt München kaum Informationen über die geplante Flüchtlingsunterkunft in der Nailastraße, die immerhin direkt an der Grenze zu Unterbiberg stehen wird. Dass es dem Perlacher Bezirksausschuss ähnlich geht, macht es nicht besser. Dabei sind gerade die Neubiberger sehr erfolgreich in der Flüchtlingsarbeit. Der hiesige Helferkreis hat so viele Ehrenamtliche, wie kaum ein anderer im Landkreis. In der Nailastraße steht man diesbezüglich noch am Anfang. Die Neubiberger können hier also nützliche Starthilfe leisten. Und wir als Neubiberger SPD haben dem Sozialreferat bereits angeboten, bei der Information der Unterbibberger Bürger mitzuhelfen. Ein Recht auf Informationen sollte man schließlich nicht nur den Perlachern und Neuperlachern einräumen, sondern auch den Unterbibberger Nachbarn der Unterkunft.

Es geht also besser – aber nur gemeinsam. Die SPD sollte den Anfang machen. Wir sind dazu bereit. Seid ihr es auch?

gez.
Tobias Heberlein
Ortsvereinsvorsitzender

gez.
Florian Schardt
Stv. Ortsvereinsvorsitzender

gez.
Gregor Röslmaier
Fraktionsvorsitzender